

**Protokoll  
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und  
Rechte der Minderheiten am 07.01.2009**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage) und Herr Hallmann (fehlender Eintrag)

Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002

Leitung: Vorsitzender, Herr Maresch

**Herr Maresch** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste. Es sind 10 ordentliche Mitglieder anwesend, damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

**TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil**

**Herr Weiße** bittet um Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.1 im nichtöffentlichen Teil. Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Die nächste Beratung zum Thema Pflegestützpunkt findet am 09.01.2009 statt.

**Herr Maresch** schlägt vor, dass Herr Weiße im öffentlichen Teil unter Punkt 5.3 allgemeine Informationen zum Thema Pflegestützpunkt gibt.

***Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung mehrheitlich bestätigt.***

**TOP 2: Protokollkontrolle**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Beratung des Ausschusses vom 25.11.2008 liegt allen Anwesenden vor, es gibt keine Bemerkungen oder Änderungswünsche. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt. Das Protokoll für die Sitzung am 03.12.2008 liegt noch nicht vor. Die Bestätigung erfolgt in der nächsten Ausschusssitzung.

**TOP 3: Berichte**

Es liegen keine Berichte vor.

**TOP 4: Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

## **TOP 5: Informationen**

Entsendung eines Mitgliedes des Sozialausschusses in die Trägerversammlung des Job-Centers „ARGE“ und in den Behindertenbeirat der Stadt:

**Herr Maresch** erläutert den Verfahrensweg. Er bat den Bereich Recht des Fachbereiches 10 um Prüfung und verliest die Stellungnahme. Weiterhin wird Herr Maresch Rücksprache mit Herrn Gerold Richter führen.

Herr Weiße bietet an, eine Vorlage noch für die im Januar stattfindende Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten und einzureichen.

Künftig wird **Frau Bischoff** als Vertreterin des Behindertenbeirates am Sozialausschuss teilnehmen. Sie stellt sich kurz den Anwesenden vor.

### **5.1. Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, Ausländer, Aussiedler in Cottbus und Vorstellung des Betreibers**

v.: Frau Duhra

**Frau Duhra** erläutert anhand von Folien (siehe Anlage) die gesetzliche Grundlage für die Gemeinschaftsunterkunft, die Ausgangslage und Kosten, die Platzbelegung und die vorgenommenen Änderungen. Der künftige Betreiber – Malteserwerke gGmbH – wird von Frau Duhra vorgestellt. Die Vertreter der Malteser konnten aufgrund der Witterungslage nicht aus Köln anreisen. Die übersandten Folien (siehe Anlage) werden von Frau Duhra den Anwesenden zur Kenntnis gegeben.

**Herr Dr. Sutowicz** fragt nach, wie bei einer Senkung der Belegung von 100 auf 80 Plätze eine Kostenersparnis von 60 % zustande kommt.

**Frau Duhra** führt aus, dass der bisherige Träger selbst Vertragspartner mit Dritten war. Durch die Ausschreibung konnte die Stadt Cottbus Aufträge selbst vergeben und somit Kostensenkungen im Bereich Miete, Wachschatz usw. herbeiführen.

Die Qualität der Betreuung der Gemeinschaftsunterkunft wird durch die Kostensenkung nicht beeinflusst, so **Herr Maresch**.

### **5.2. Information zum Stand der neuen Empfehlungen des Deutschen Vereins zur kostenaufwendigen Ernährung**

v.: Frau Duhra

Anknüpfend an die Ausführungen vom 25.11.2008 berichtet **Frau Duhra**, dass die neuen Empfehlungen zur kostenaufwendigen Ernährung seit dem 01.01.2009 umgesetzt werden. Betroffenen werden u. a. zur Aufklärung Anhörungsbögen und Erläuterungen zugeschickt.

Die Änderung der o. g. Empfehlung würde derzeit einen Personenkreis von ca. 290 Leistungsberechtigten nach dem SGB XII und ca. 470 Personen nach SGB II betreffen.

Erste Reaktionen gibt es bereits. Es wird telefonisch auch von Ärzten nachgefragt. Einige Betroffene haben bereits Widerspruch eingelegt, obwohl noch keine Bescheide erlassen wurden. Viele Betroffene werden wahrscheinlich keinen Mehrbedarfzuschlag mehr erhalten oder sie bekommen einen geänderten Betrag.

**Herr Weiße** führt aus, dass der Deutsche Verein seine Auffassung geändert hat, weil die Kosten in den Regelsätzen abgedeckt und eine Doppelfinanzierung vermieden werden muss.

**Herr Richter** fragt nach, ob die Ärzte ebenfalls schriftlich informiert werden und eine Übersicht über die betreffenden Krankheiten erhalten.

In dem an die Betroffenen ausgegebenen Schreiben, so **Frau Duhra**, sind Informationen hierzu aufgeführt. Der Betroffene muss zu seinem behandelnden Arzt gehen und sich die bei ihm vorliegenden Krankheiten bestätigen lassen. Auf der Grundlage der vorzulegenden Bestätigung wird dann der Mehrbedarf ermittelt.

**Frau Glosemeyer** wird um ihre Meinung gebeten. Sie gibt Erläuterungen an einem Beispiel.

**Frau Giesecke** spricht sich für eine Information an alle niedergelassenen Ärzte aus, z. B. Internet und Amtsblatt.

**Herr Richter** möchte wissen, ob es einen Spielraum gibt.

Einen Entscheidungsspielraum gibt es nicht, so die Erfahrungen von **Frau Duhra**. Die Sozialgerichte stützen sich auf die Empfehlungen des Deutschen Vereins. Die ARGE lehnt sich ebenfalls an die Empfehlungen an. Hier gibt es seit dem 20.12.2008 die entsprechenden Arbeitshinweise der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg. Im Bedarfsfall wird es eine Verständigung zwischen dem Fachbereich Soziales und der ARGE geben, damit gleichlaufende Entscheidungen getroffen werden können. Darüber hinaus erfolgt noch für die Januarausgabe eine Pressemitteilung im Amtsblatt der Stadt Cottbus.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen oder Anfragen.

### **5.3 Information zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Cottbus v.: G III, Geschäftsbereichsleiter Herr Weiße**

Im Februar soll die Beschlussvorlage zur Gründung eines Pflegestützpunktes in der Stadt Cottbus eingebracht werden. Der Pflegestützpunkt soll eine neutrale Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene und Angehörige sein. Die personelle Besetzung erfolgt durch Personal der Krankenkassen, Pflegekassen und der Stadtverwaltung Cottbus. Die Pflegekassen tragen die Verantwortung. Detaillierte Ausführungen sind mit der Vorlage möglich.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen oder Anfragen.

**Frau Kircheis** regt an, in der nächsten Sitzung das Thema „Tagesmütter“ und „Schüler- speisung“ (Information und Ausmaße) auf die Tagesordnung zu setzen.

**Die Sitzung des öffentlichen Teils endet um 18.20 Uhr.**

gez. Maresch  
Vorsitzender

gez. Rädisch  
Protokollantin



Teilnehmerliste



Info Malteser



Ausschussinfo  
Januar 2009